



Warum ein Kompass in dieser wandelbaren Welt unentbehrlich ist

Dr. Dorothea Siems

Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der WELT-Gruppe

„Je fragwürdiger die politischen Weichenstellungen sind, desto größer ist der Zeitdruck, unter dem sie getroffen werden. Dieser Schweinsgalopp ist eine bewährte Methode, politische Debatten gar nicht erst zuzulassen. In der Euro-Krise wird von Brüssel die Debatte sowohl in den Nehmerländern wie auch in den Gläubigerländern gefürchtet. Denn hier wie dort spürt die Bevölkerung den Irrsinn.“

In den vergangenen Monaten haben wir so manchen Stern, manches Sternchen, am politischen Firmament verglühen sehen. Der Stern *Ludwig Erhards* dagegen strahlt noch Jahrzehnte nach seinem Tod so hell wie ehemals. Vielleicht sogar heller, weil dieser unermüdliche Streiter für die Marktwirtschaft heutzutage so wenig Konkurrenz in der hiesigen Politik hat. Auf *Erhard* berufen sich viele, die von ihm in Wirklichkeit nur das Schlagwort vom „Wohlstand für alle“ übernehmen würden. Nicht jedoch seine feste Überzeugung, dass der Schlüssel zum Wohlstand in der Marktwirtschaft liegt und eben nicht im Wohlfahrtsstaat oder in der Planwirtschaft. *Ludwig Erhard*, das steht außer Frage, hatte einen Kompass. Und ein solcher Kompass ist auch in unserer heutigen, wandelbaren Welt unentbehrlich.

Die Welt rotiert

Es gibt Zeiten, in denen die Welt sich schneller dreht. Momentan, das spürt wohl jeder, ist so eine Zeit. Atomausstieg, Euro-Krise, der Freiheitskampf im Nahen Osten sind Umwälzungen von großer Bedeutung. Die deutsche Politik reagiert atemlos, getrieben und planlos auf die Veränderungen. Prinzipien, die gestern hoch gehalten wurden, werden heute als vermeintlich überflüssiger Ballast über Bord geworfen. Es wird auf Sicht gefahren. Ein Ziel ist nicht auszumachen, ja nicht einmal die Richtung lässt sich bestimmen. Denn der Kompass ist ebenfalls längst über Bord gegangen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die schwerste seit Jahrzehnten, hat Deutschland überraschend schnell und ohne größere Blessuren

überwunden. All die Pessimisten, die das bundesdeutsche Wachstumsmodell am Ende wähten, sind widerlegt. Galt das Land noch vor einigen Jahren als kranker Mann in Europa, so sprintet es heute vorneweg.

Das ist kein Zufall, sondern ein Beispiel aus dem Lehrbuch: Deutschland hatte sich in den vergangenen Jahren einer Fitness-Kur unterzogen. Die Mischung aus Hartz-Reformen, Agenda 2010, moderater Lohnpolitik und Effizienzsteigerung hat sich als hochwirksam erwiesen. Und so hat die Krise zwar geschmerzt, aber nichts daran geändert, dass das Land kerngesund ist und deshalb besser dasteht als die meisten Wettbewerber.

Doch die Belastungstests, denen Deutschland jetzt ausgesetzt wird, sind anderer Natur. Mit ihren fragwürdigen Euro-Manövern stößt die Regierung in neue, völlig unbekannte Schuldendimensionen vor. Und mit ihrer panikgetriebenen Atomwende riskiert man gleichzeitig eine hausgemachte Energiekrise. In beiden Fällen – und das mag noch schwerer wiegen als die ökonomischen Bedenken – nimmt man in Kauf, dass Grundsätze unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats missachtet werden. Geltende Gesetze werden par ordre du mufti außer Kraft gesetzt und die Rechte des Parlaments negiert. Es herrscht große Unordnung in Deutschland. Und in Europa ist es um die Ordnungspolitik nicht besser bestellt.

Reaktionen auf Fukushima

Wer keinen Kompass hat, keine klare Linie, keine festen Grundsätze, der lässt sich mal hierhin und

mal dorthin treiben. Am 11. März dieses Jahres wurde Japan von einem Jahrhundert-Erdbeben erschüttert und einem Tsunami überrollt. Seither kennt die Welt den Namen Fukushima. Er steht für das schlimmste Atomunglück, das je in einem westlichen Hochtechnologie-Land stattgefunden hat. Die Bilder vom havarierten Kernkraftwerk und den anderen tragischen Folgen der furchtbaren Naturkatastrophe gingen um die Welt. Die Reaktionen waren unterschiedlich.

In Kanada etwa wurden innerhalb von Tagen mehrere Hundert Millionen Euro an privaten Spenden für die Tsunami-Opfer eingesammelt. An ihren Plänen, die Kernkraft zur wichtigsten Quelle der Stromerzeugung auszubauen, halten die Kanadier dagegen fest. Auch die Franzosen vertrauen weiter auf die Kernenergie. 80 Prozent des Stroms stammen von den 58 Reaktoren, und künftig soll auch eine steigende Anzahl von Elektroautos mit Atomstrom gespeist werden. Die USA bauen ebenfalls weiter auf die Kernenergie, und Länder wie Polen wollen einsteigen.

In Großbritannien gibt es nicht einmal eine Debatte. Es gebe hier schließlich keine Erdbeben und Tsunamis, argumentieren die Briten. In der Schweiz immerhin haben sich die Bürger für einen Ausstieg entschieden – doch sie wollen sich dafür fast ein Vierteljahrhundert Zeit lassen. Und die Italiener sprachen sich ebenfalls per Volksentscheid dagegen aus, wieder in die Kernenergie einzusteigen – sie importieren lieber drei Viertel ihres Stroms aus dem Ausland, vornehmlich aus dem Atomland Frankreich.

Kein Land, nicht einmal Japan selbst, reagierte so ängstlich wie Deutschland. Die Bundesregierung schaltete wenige Tage nach Fukushima sieben der 17 hiesigen Atomkraftwerke ab. Und inzwischen ist klar: Sie dürfen nie mehr ans Netz. In nur zehn Jahren soll hierzulande kein Atomstrom mehr produziert werden. Der deutsche Sonderweg wird im Ausland mit Interesse, aber nicht unbedingt mit Verständnis verfolgt. Fukushima lehrt, dass auch Unwahrscheinliches geschehen kann, sagt die Bundeskanzlerin.

Das stimmt zweifellos, sonst wäre es ja nicht unwahrscheinlich, sondern unmöglich. Aber es bleibt trotzdem unwahrscheinlich. In Japan sind Tsunami und Erdbeben indes nichts Unwahrscheinliches, und in Deutschland sind künftig

Engpässe in der Energieversorgung nicht länger unwahrscheinlich. Man muss kein Freund der Atomkraft sein, um die deutsche Reaktion für fragwürdig zu halten.

Die Bilder von Fukushima haben niemanden unberührt gelassen. Die diffusen Informationen aus Japan, ungefilterte Horrorszenarien auf allen Kanälen, die sich widersprechenden Angaben über den hiesigen Energiesektor – in Situationen wie diesen ist es schwierig, nicht völlig die Orientierung zu verlieren. Fest steht: Das sofortige Abschalten war der schärfste aller möglichen Staatsingriffe. Das Argument der Sicherheit überzeugt nicht, wenn 25 Kernkraftwerke in unmittelbarer Nähe Deutschlands stehen und wir jetzt Atomstrom importieren, anstatt wie bisher exportieren. Wie kann eine Regierung bei objektiv gleicher Gefahrenlage erst die Laufzeiten um zehn Jahre verlängern und dann, ein halbes Jahr später, dieses vom Parlament verabschiedete Gesetz einfach außer Kraft setzen? Das ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der Energieversorger und ihrer Aktionäre.

Die Energiewende hat viele Facetten

Erst allmählich wird uns klar, wie viele Facetten die Energiefrage hat. Deutschland hat längst keinen nationalen Energiemarkt mehr, sondern ist eingebunden in ein europäisches Netz. Hier gibt es keine Schranken. Unsere Entscheidungen verändern nicht nur hierzulande die Strompreise, sondern auch in Spanien oder Frankreich. Doch es geht nicht nur um Kosten. Einige EU-Länder haben im Vertrauen auf deutsche Stromexporte ihr eigenes Netz nicht entsprechend ausgebaut und müssen nun ihrerseits Engpässe fürchten. Kein Wunder, dass es Verstimmungen gibt.

Und welche Umweltfolgen hat der Atomausstieg? Es ist noch gar nicht lange her, da war die Klimakatastrophe das große Thema in Deutschland. Ob Katastrophe oder nicht – Deutschland hat sich verpflichtet, seinen Ausstoß an Kohlendioxid zu drosseln. Nun aber werden als Ersatz für die Kernkraft etliche neue Kohlekraftwerke gebaut werden müssen. Denn es ist schlichtweg unmöglich, allein auf erneuerbare Energien zu bauen. Die Technik ist noch nicht so weit, das Problem zu lösen, dass die Natur uns Wind und Sonne nicht verlässlich zur



Verfügung stellt. Der Ausstoß an Kohlendioxid nimmt also zu.

Wer den Treibhauseffekt fürchtet, muss beten, dass die deutsche Reaktion nicht doch noch Schule macht. In Europa stehen mehr als 150 Kernkraftwerke. Wenn die Länder sie abschalten sollten und stattdessen auch nur teilweise auf Kohle und Gas umstiegen, wären alle Weltklimaziele Makulatur. Die Tollkühnheit des deutschen Weges besteht darin, dass die eifrigsten Verfechter des Atomausstiegs gerade diejenigen sind, die auch die Klimakatastrophe am meisten fürchten und deshalb beides bekämpfen: Kohle und Atom. Mit einem naiven Technikglauben heißt es, deutscher Tüftler- und Forschergeist werde alle Energieprobleme lösen. Eine neue Gründerzeit bahne sich an.

Doch zunächst zeigt sich etwas ganz anderes: Die staatliche Kehrtwende in der Atompolitik zieht einen Rattenschwanz an weiteren Eingriffen nach sich. Der Ruf nach Subventionen wird lauter: für Elektroautos, energetische Haussanierung, Solarstrom, Windenergie etc. Und die Politik, in Sorge um die Klimaziele, öffnet das Füllhorn. Die liberale Lehre vom Staatseingriff, der stets eine Interventionsspirale zur Folge hat, bewahrheitet sich. Der Staat, nicht der Markt, hat entschieden, dass das Elektroauto das Fahrzeug der Zukunft ist – obwohl es auch ganz andere technische Varianten gäbe. Und Solarstrom: Seit vier Jahrzehnten pumpen vor allem Deutschland und Japan mehrere Hundert Milliarden Euro in diese Energiegewinnung, ohne dass sich dies bisher rentiert hätte.

Das zeigt: Auch mit allen Mitteln kann der Staat den technischen Fortschritt nicht erzwingen. Bahnbrechende Innovationen sind nicht planbar. Alles, was der Staat tun kann, ist, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Weltweit sucht die Menschheit seit Generationen nach neuen, umweltfreundlichen Energiequellen. Es ist vermessen, darauf zu wetten, dass wir die Lösung innerhalb einer Dekade finden.

Alternativlose Politik?

Ähnlich komplex wie die Energiewende ist die Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union. Auch hier wird die Angst der Bevölkerung als politisches Mittel eingesetzt. Die Entscheidung darü-

ber, ob der Steuerzahler für Griechenland zahlen soll, wurde zur Frage von Krieg und Frieden stilisiert. Und jeder, der Zweifel am Nutzen der wiederholten Not-Programme äußert, wird als Nationalist, Populist, Anti-Europäer tituliert. Ängste wollen auch diejenigen schüren, die vor einer neuen und noch schlimmeren Finanzkrise als Folge eines Staatsbankrotts Griechenlands warnen – vor einem Dominoeffekt in Europa, möglicherweise in der ganzen Welt. Deshalb müsse der überschuldete Staat um jeden Preis gerettet werden.

Und wie immer in diesen Situationen heißt es: Der Weg ist alternativlos. Dieses „TINA-Prinzip“ – „There Is No Alternative“ – wurde einst von *Margaret Thatcher* geprägt. Auch die britische Reformerin, die Eiserne Lady, hielt ihren umstrittenen Kurs für alternativlos. Selbstverständlich war er es nicht. Politik ist niemals alternativlos. Die Briten hätten sich damals weiter mit einer veralteten Wirtschaftsstruktur, klassenkämpfenden Gewerkschaften und einer drückenden Schuldenlast durchwursteln können. *Thatchers* radikal marktwirtschaftlicher Kurs bescherte dem Land eine neue Blütezeit – die allerdings in der Finanzkrise ein vorläufiges Ende fand. Zurück zur alten Zeit will in England trotz der derzeitigen Wirtschaftsprobleme aber wohl niemand.

Es gibt immer Alternativen. Doch unsere Politiker haben sich seit der Weltfinanzkrise daran gewöhnt, dies bei den wichtigen Entscheidungen zu leugnen. Die Konjunkturpakete und die Bankenrettung waren „alternativlos“, die diversen Griechenland-, Portugal- und Irlandhilfen sollen es ebenfalls sein, und letztlich soll es auch zur Energiewende keine verantwortbare andere Lösung geben. Weil die Themen so vielschichtig erscheinen, akzeptieren viele Bürger diese angebliche Alternativlosigkeit. Wer kennt sich schon aus mit den internationalen Finanzmärkten und den an ihnen gehandelten Finanzprodukten? Selbst viele Banker müssen hier bekanntlich passen. Und wer kann die Gefahren der Atomkraft beurteilen, versteht die Abläufe in den Kernkraftwerken?

Gefürchtete Debatten

Stets werden die Probleme als zu komplex dargestellt, als dass Bürger oder auch die Parlamentarier die Zusammenhänge verstehen könnten. Im Zweifel, so heißt es in puncto Euro oder Atom apodik-

tisch, müsse man sich für die europäische Solidarität und für die Sicherheit der Bevölkerung entscheiden. Was aber ist mit der ökonomischen Vernunft, der Solidität, dem Rechtsstaat?

Je fragwürdiger die politischen Weichenstellungen sind, desto größer ist der Zeitdruck, unter dem sie getroffen werden. Dieser Schweinsgalopp ist eine bewährte Methode, politische Debatten gar nicht erst zuzulassen. In der Euro-Krise wird von Brüssel die Debatte sowohl in den Nehmerländern wie auch in den Gläubigerländern gefürchtet. Denn hier wie dort spürt die Bevölkerung den Irrsinn. Wer will ernsthaft an den Erfolg der Griechenland-Nothilfe glauben, wenn erdrückende Schulden mit immer neuen Schulden finanziert werden und dabei die Gläubiger selbst zunehmend höhere Schulden vor sich herschieben?

Mit unvorstellbaren Geldsummen kämpft die Euro-Gruppe seit mehr als einem Jahr gegen die Tatsache, dass Griechenland zahlungsunfähig ist. Selbst der Ruf der Europäischen Zentralbank als unabhängige Hüterin der Geldwertstabilität wurde geopfert, um vorzugaukeln, die Griechen hätten lediglich ein Liquiditätsproblem. Vor einem Jahr wurden die europäischen Verträge gebrochen, die das Herauspauken eines überschuldeten Staates durch die Euro-Partner ausdrücklich verbieten.

Heute ist die Lage schlimmer als vor zwölf Monaten. Die Märkte sind weiter in Aufruhr, andere Länder hängen mittlerweile auch am Tropf, und anti-europäische Ressentiments nehmen überall in Europa zu. *Erhard* wusste stets, dass Politik nicht gegen die Märkte regieren kann. Denn die Finanzmittel des Marktes sind ungleich größer als die des Staates. Es wird immer teurer, die unhaltbare Position, in die sich die Euroländer manövriert haben, zu verteidigen.

Verwirrung des Publikums

Angst, Zeitdruck, Konfusion – die Verwirrung des Publikums ist die dritte Säule des TINA-Prinzips, der beschworenen Alternativlosigkeit. In der Euro-Krise argumentieren die EU-Regierungschefs gern, dass ein Schuldenschnitt Griechenlands eine zu simple Lösung sei, die dem komplexen Problem nicht gerecht werde.

Auch die Europäische Zentralbank und die Bundesbank argumentieren so. Die Zentralbanker sind jedoch nicht mehr in der Rolle eines ehrlichen Maklers. Sie sind befangen, weil sie in der Euro-Krise fatalerweise zum Mitspieler wurden, als sie vor einem Jahr ihre eigenen Grundsätze verraten haben und seither die Schrottpapiere der Schuldensünder als Sicherheiten für frisches Geld akzeptieren. Jeden, der den jetzt eingeschlagenen Weg kritisiert, versuchen Finanzpolitiker und Zentralbanker mit Fachbegriffen mundtot zu machen. Sie suggerieren, dass sie recht haben, weil sie mehr Insiderwissen über eine hoch komplexe Materie besitzen.

Jedoch leben wir nicht in einer Experten-Diktatur. Natürlich kennen Finanzfachleute mehr Details als andere Bürger. Doch die wichtigsten Regeln des Marktes sind einfach und lassen sich deshalb mit klarem Menschenverstand erkennen. Die technische Abwicklung einer Umschuldung ist kompliziert. Aber das gilt noch mehr für die diversen Rettungsmechanismen, die es mittlerweile in Euroland gibt. Und nach einem Jahr zeigt sich, dass die Retter keineswegs besser informiert waren. Die Märkte haben Griechenland durchfallen lassen, weil sie sich nicht haben täuschen lassen. Neues Geld, selbst wenn es sich um schwindelerregend hohe Summen handelt, vermag die griechische Wirtschaft nicht in eine wettbewerbsfähige Zukunft zu katapultieren.

Inzwischen räumen viele Verantwortliche ein, dass es nur noch darum gehe, Zeit zu kaufen, und der Schuldenschnitt irgendwann kommen werde. Doch können wir es uns wirklich leisten, so viel Geld auszugeben, um uns Zeit zu kaufen? Wir sitzen selbst auf einem hohen Schuldenberg, kommen demographiebedingt in schwierige Zeiten und haben unsere Sozialsysteme noch gar nicht zukunftsfähig gestaltet. Wir sollten wahrlich sparsamer mit unseren Kräften umgehen, denn wir werden sie dringend brauchen.

Die neueste Idee ist, die Griechen nun dadurch retten zu wollen, dass wir sie in unsere Energie- und Wirtschaft einbeziehen. Sowohl aus der Regierung als auch aus der Opposition wird Sympathie für diesen Plan geäußert. Er erscheint allerdings nur insofern schlüssig, als dass bisher sowohl die erneuerbaren Energiequellen als auch die griechischen Unternehmen nicht wettbewerbsfähig sind. Man will also zwei Fußkranke aneinanderketten, damit

sie so die Olympiade gewinnen. So kompliziert die beiden Themen, Energie und Euro, auch sein mögen, der Bürger dürfte erkennen, dass dies der größte aller Schildbürgerstreiche wäre und nur Politiker, die *Ludwig Erhard* nie verstanden haben, auf eine solche Idee kommen können.

Die Stimme aus dem Navigationsgerät

Ordnungspolitik, so wird oft gesagt, sei etwas für Schönwetterlagen. In der Krise müsse man pragmatisch sein. Dabei ist es umgekehrt. Gerade dann, wenn es stürmisch ist, braucht man einen Kompass, um sich trotzdem zurechtzufinden. Deutschlands Realpolitik hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von ordnungspolitischen Prinzipien entfernt. Um dies zu erkennen, genügt ein Blick auf die Staatsschulden, in den Subventionsbericht, ins Steuerrecht, auf die Min-

destlöhne, auf die Wiederverstaatlichung des Energiemarktes – die Liste ließe sich fortsetzen.

Für Autofahrer, die sich schwertun, den richtigen Weg zu finden, gibt es das Navigationsgerät. Es ist viel leichter handhabbar als ein Kompass. Die Ordnungspolitik ist die Stimme aus dem „Navi“, die Politikern die Richtung weist. Leider ignorieren die Verantwortlichen diese Hinweise heute fast immer. Wir fahren mal hierhin, mal dorthin. Hier ein neuer Mindestlohn, dort eine unsinnige Steuererausnahme, eine höhere Abgabe. Noch ist der Tank nicht leer. Doch wer Umwege macht, braucht viel Benzin.

Trotz allem bleibe ich optimistisch: Die Stimme *Erhards* wird nicht verstummen. Und wie beim Autofahren gilt auch in der Wirtschaftspolitik: Ganz gleich, wie sehr man sich verfahren hat, es gibt immer einen Weg zurück auf den richtigen Pfad. ■